

SITZUNGSVORLAGE



Referat:	Stabsstelle 202 - Koordination	Datum:	23.05.2022
Referent/in:	Referatsleitung	AZ:	202/2

Gremium	Termin	Zuständigkeit / Öffentlichkeitsstatus
Sozialausschuss	28.06.2022	Kenntnisnahme öffentlich

TOP: 7

**Thema: Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen
nach stationärem Aufenthalt in der Akutpsychiatrie - Antrag
der SPD-Fraktion vom 01.05.2022**

- 1. Anlagen**
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.05.2022
- 2. Beteiligte Referate**
- 3. Kosten – Finanzierung**
--
- 4. Beschlussvorschlag**

Der Bericht dient zur Kenntnisnahme.

Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen nach stationärem Aufenthalt in der Akutpsychiatrie – Antrag der SPD-Fraktion vom 01.05.2022

Im Antragschreiben der SPD-Fraktion vom 01.05.2022 wird ausgeführt, dass der Planungs- und Koordinierungsausschuss sich in den beiden vergangenen Sitzungen bereits damit beschäftigte, dass wohl Menschen oftmals auch nach Abschluss der Krankenhausbehandlung in der Akutpsychiatrie verbleiben müssen, da nicht genügend adäquate Angebote in Einrichtungen oder auch zur Nachsorge vorhanden wären.

Daher hat man sich in der Sitzung des Planungs- und Koordinierungsausschusses am 29. März 2022 darauf verständigt, zunächst eine umfangreiche Bestandsanalyse der Angebote im Bereich der besonderen Wohnformen durchzuführen. Mit diesem Auftrag wird der Arbeitskreis „Regionale Bedarfsermittlung für Angebote im Bereich seelische Beeinträchtigung“ wieder reaktiviert. Dieser Arbeitskreis besteht seit 2009 unter Federführung der Leitung der Stabsstelle Koordination & Sozialplanung und bearbeitet die Bedarfsplanung für die Bereiche Assistenzleistungen im Wohnen, Tagesstätten, Externe Arbeitstherapie und Zuverdienstangebote. In den vergangenen beiden Jahren ruhte die inhaltliche Arbeit wegen der unklaren Bedarfslage durch die Auswirkungen der Pandemie sowie der personellen Situation in der Stabsstelle 202.

Mit dem Bereich der besonderen Wohnformen kommt für den Arbeitskreis ein neues Themenfeld hinzu, das weitere Ressourcen der Sozialverwaltung in Anspruch nehmen und auch die beteiligten Personen von Trägern der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege binden wird. Nach über 19 Jahren ist es aber notwendig, diese Angebotsform genauer zu betrachten und dabei auch das seither bestehende Heimplatzmoratorium zu diskutieren. Die gesellschaftlichen Entwicklungen, demographische Veränderungen und auch die konzeptionellen Überlegungen für passende Zielgruppen sind dabei zu berücksichtigen. In einer ersten Sitzung des reaktivierten Arbeitskreises wurden die zu erfragenden Parameter diskutiert und der passende Einbezug der Kliniken besprochen, um durch eine Erhebung ein gutes Abbild der Bestand- und Bedarfslage zu skizzieren. Dieses wird in der kommenden Sitzung des Planungs- und Koordinierungsausschusses am 24. November 2022 erneut behandelt und je nach Verlauf dieser Angelegenheit kann eine Empfehlung an die politischen Gremien des Bezirks Mittelfranken weitergegeben werden.

Die im Antragsschreiben erwähnte Einbeziehung der Politik erfolgt über die Gremien des Planungs- und Koordinierungsausschusses sowie des Sozialausschusses. Zusätzlich werden Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien des Bezirkstags in eine Sitzung des Arbeitskreises „Regionale Bedarfsermittlung für Angebote im Bereich seelische Beeinträchtigung“ zur gemeinsamen Diskussion eingeladen, wenn erste Ergebnisse der Bestandsanalyse vorliegen.

Ansbach, den 18.05.2022

Fried
Regierungsdirektor